

Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel



Europabericht 08/2008
vom 18.04.2008

EUROPABERICHT NR.: 08/2008
Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Geschäftsbereich Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

EP: WESENTLICHE ERGEBNISSE DER MINIPLENARSITZUNG VOM 09./10.04.2008 IN BRÜSSEL

Zu den wesentlichen politischen Ergebnissen gehört der Beschluss des EP, die "Option der Nichtteilnahme" an den olympischen Spielen in China offen zu halten und eine einheitliche EU Linie für die Beteiligung an der Olympia-Eröffnung in China festzulegen. *Androule Vassiliou* aus Zypern wurde als neue Kommissarin für Gesundheit und Nachfolgerin von *Markos Kyprianou*, der zum Außenminister Zyperns ernannt wurde, bestätigt. Das EP attestierte Kroatien "beträchtliche und lobenswerte Fortschritte" im Jahr 2007 auf dem Weg zum Beitritt. Hingegen verschoben die Abgeordneten die Annahme des Fortschrittsberichts für die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien (FYROM), nachdem Griechenland und FYROM in der Plenardebatte aufgefordert worden waren, zunächst ihren Streit über die Benutzung des Namens „Mazedonien“ beizulegen.
http://www.europarl.europa.eu/news/expert/briefing_page/26188-100-04-15-20080408BRI26037-09-04-2008-2008/default_de.htm

MEHRSPRACHIGKEIT: KONSULTATION DER KOMMISSION

Zum Abschluss einer online Konsultation von September bis November 2007 über den Stellenwert und die Rolle der Sprachen präsentierte der zuständige EU-Kommissar *Leonard Orban* am 15.04.2008 im Rahmen einer öffentlichen Anhörung die Ergebnisse dieser Konsultation über die Mehrsprachigkeit in der EU. Die Kommission wird hierzu im September 2008 eine Mitteilung vorlegen.
HTTP://EC.EUROPA.EU/DGS/EDUCATION_CULTURE/CONSULT/INDEX_DE.HTML

FRATTINI WIRD ITALIENISCHER AUßENMINISTER

Der für Justiz und Inneres zuständige Vizepräsident der Europäischen Kommission, Frattini, soll das Amt des italienischen Außenministers übernehmen. Nach einem Rücktritt Frattinis muss Italien im Einvernehmen mit Kommissionspräsident Barroso ein neues Kommissionsmitglied benennen, das sich der Anhörung und Abstimmung im Europäischen Parlament stellen muss. Bis dahin nimmt Kommissionsvizepräsident Barrot (F) die Aufgaben Frattinis wahr.

VERHANDLUNGEN ÜBER RÜCKFÜHRUNGSRICHTLINIE IN ENTSCHEIDENDER PHASE

Die Verhandlungen zwischen Europäischem Parlament, Rat und Kommission über die Rückführungsrichtlinie dauern an. Ein Treffen zwischen dem Berichterstatter des EP, Manfred Weber, Kommissionsvizepräsident Barrot und dem slowenischen Ratsvorsitzenden, Innenminister Mate, brachte zwar Fortschritte, aber noch keine Einigung in allen Fragen. Am 24.04.2008 soll nochmals versucht werden, vor der Plenarabstimmung des EP im Mai eine Einigung zu erzielen.

KOMMISSION: GRIECHENLAND SOLL 90 MIO. € AUS SOLIDARITÄTSFONDS WEGEN WALDBRÄNDEN ERHALTEN

Die Kommission hat vorgeschlagen, Griechenland wegen der Waldbrände im Sommer 2007, die einen Gesamtschaden von 2,1 Mrd. € verursacht haben, 89,7 Mio. € aus dem EU-Solidaritätsfonds zuzuwenden. Die Entscheidung darüber treffen Rat und EP als EU-Haushaltsbehörde.

CSU-INNENPOLITIKER INFORMIEREN SICH IN BRÜSSEL UND LUXEMBURG

Vom 04.-07.04.2008 informierten sich die CSU-Abgeordneten des Bayerischen Landtag Dr. Jakob Kreidl, Joachim Haedke, Hans Herold, Christian Meissner, Angelika Schorer, Helga Weinberger, StM a.D. Dr. Manfred Weiß, Peter Winter und Otto Zeitler über aktuelle EU-Entwicklungen in der Bereichen Innenpolitik und kommunale Angelegenheiten.

KOMMISSION SCHLÄGT VEREINFACHUNGEN IM GESELLSCHAFTSRECHT VOR

Der Kommission lagen am 16.4.2008 zwei Richtlinienentwürfe zur Vereinfachung des Gesellschaftsrechts vor.

WEIßBUCH ZU SCHADENSERSATZKLAGEN WEGEN VERLETZUNG DES EG-WETTBEWERBSRECHTS

Die Kommission hat am 3.4.2008 das Weißbuch über Schadenersatz für Verbraucher und Unternehmen, die Opfer von Wettbewerbsverstößen sind, veröffentlicht. Alle Betroffenen sind eingeladen, bis zum 15.7.2008 zu den Empfehlungen Stellung zu nehmen.

VERBRAUCHERKREDITRICHTLINIE VOM RAT FÖRMLICH ANGENOMMEN

Der Rat der Europäischen Union für Verkehr, Telekommunikation und Energie hat am 7.4.2008 die Verbraucherkreditrichtlinie endgültig gebilligt.

VERBRAUCHERSCHUTZAUSSCHUSS NIMMT ZU SAMMELKLAGEN STELLUNG

Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz hat sich am 8.4.2008 in seiner Stellungnahme zur verbraucherpolitischen Strategie der EU (2007-2013) zurückhaltend zur Einführung von verbraucherrechtlichen Sammelklagen geäußert.

BESCHLÜSSE DES RECHTSAUSSCHUSSES ZUR MEDIATIONSRICHTLINIE UND ZUM STRAFRECHTLICHEN SCHUTZ DER UMWELT

1. Mediationsrichtlinie

Der Rechtsausschuss stimmte am 8.4.2008 dem gemeinsamen Standpunkt zum Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über bestimmte Aspekte der Mediation in Zivil- und Handelssachen zu.

2. Richtlinie zum Umweltstrafrecht

Der Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments hat am 8.4.2008 Änderungen zum Richtlinienvorschlag über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt verlangt.

EU-ABGEORDNETE FORDERN EU-WEITES ALARMSYSTEM FÜR VERMISSTE KINDER

Abgeordnete des EP setzten sich in einer sog. schriftlichen Erklärung für ein europäisches Notruf- und Alarmsystem für vermisste Kinder ein.

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

VORTEILE UND NUTZEN DES EURO

Anlässlich des zehnjährigen Jahrestages der Entscheidung über den Beginn der dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion veranstaltete der WSA am 14./15. April 2008 eine Konferenz zu den Vorteilen und Nutzen des Euro. Einig waren sich alle Teilnehmer, dass der Euro zu Stabilität geführt und die Eurozone widerstandsfähiger gegen exogene Schocks gemacht habe. Allerdings gebe es noch Verbesserungsbedarf im Bereich der Strukturreformen und der Koordinierung der Wirtschaftspolitiken.

ERWEITERUNG DER EUROZONE

Der Finanzminister und der Notenbankgouverneur der Slowakei haben formell die Aufnahme in die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion beantragt.

AUSFÜHRUNG DES HAUSHALTES 2007: NICHTAUSNUTZUNG DER VERANSCHLAGTEN MITTEL

Wie aus dem von der Kommission am 14. April 2007 vorgelegten Vorentwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 3 zum Gesamthaushaltsplan für 2007 hervorgeht, wurden von den für 2007 veranschlagten Mitteln in Höhe von 113,846 Mrd. € nur 1,529 Mrd. € nicht verausgabt.

KONSULTATION ZUR REVISION DER FINANZIELLEN VORAUSSCHAU

Die eigentlich am 15. April 2008 abgelaufene Frist ist, wie die Kommission am 15. April 2008 mitteilte, um zwei Monate bis zum 15. Juni 2008 verlängert worden.

INFORMELLER ECOFIN EINIGT SICH AUF ABSICHTSERKLÄRUNG ZUR ABWEHR VON FINANZKRISEN

Der informelle Ecofin-Rat hat sich am 4. April 2008 auf eine Absichtserklärung (Memorandum of Understanding) verständigt, mit der die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der nationalen Aufsichtsbehörden, Notenbanken und zuständigen Ministerien zur Vorbeugung und Bewältigung von Finanzkrisen auf freiwilliger Basis verstärkt werden soll.

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

VERKEHRSMINISTERRAT UND INDUSTRIEAUSSCHUSS DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS BILLIGEN VERORDNUNGSENTWURF ZUR ZUKUNFT VON GALILEO

Nachdem der Verkehrsministerrat am 07.04.2008 eine allgemeine Ausrichtung zur Verordnung über die weitere Durchführung der Europäischen Satellitennavigationsprogramme (EGNOS, GALILEO) festgelegt hatte, hat der Industrieausschuss des Europäischen Parlaments am 08.04.2008 für die Verordnung gestimmt. Diese enthält die Vereinbarungen über Finanzierungen und Auftragsvergabe des Systems. Die Zustimmung des Plenums des Europäischen Parlaments Ende April bzw. Anfang Mai gilt als sicher. Die Kommission könnte die Aufträge für das Projekt damit noch vor der Sommerpause ausschreiben.

http://www.eu2008.si/en/News_and_Documents/Council_Conclusions/April/0407_TTE3.pdf

VERKEHRSMINISTER DISKUTIEREN SOG. „STRAßENPAKET“

In der Sitzung am 07.04.2008 diskutierten die Verkehrsminister den von der slowenischen Ratspräsidentschaft vorgelegten Sachstandsbericht und Kompromissvorschlag zum Verordnungsentwurf zum Marktzugang des Güterkraftverkehrs, zum VO-Entwurf zum Berufszugang des Kraftverkehrsunternehmers und zum VO-Entwurf zum Marktzugang des Personenkraftverkehrs. Der Kompromissvorschlag wurde dabei als gute Grundlage für die weiteren Arbeiten bewertet. Die Mehrheit der Mitgliedstaaten konnte den vorgeschlagenen Regelungen zur Kabotage und zum nationalen elektronischen Register zustimmen.

http://www.eu2008.si/en/News_and_Documents/Press_Releases/April/0407TTE_cestni_paket.html

VERKEHRSMINISTER ERZIELEN POLITISCHE EINIGUNG ZU RICHTLINIENENTWURF ÜBER FLUGHAFENENTGELTE

Der Rat erzielte in seiner Sitzung am 07.04.2008 mit qualifizierter Mehrheit eine politische Einigung zum Richtlinienvorschlag zu Flughafenentgelten. Da die Aufsicht in die Zuständigkeit der Länder fällt, gab Deutschland eine Erklärung zur Auslegung der unabhängigen Aufsichtsbehörde und der Möglichkeit zu einer Delegation auf die Länderbehörden zu Protokoll des Rates. Da die politische Einigung der Minister in einigen erheblichen Punkten von der Position des Europäischen Parlaments abweicht, sind hier noch intensive Verhandlungen zu erwarten.

http://www.eu2008.si/en/News_and_Documents/Council_Conclusions/April/0407_TTE.pdf

http://www.eu2008.si/en/News_and_Documents/Council_Conclusions/April/0407_TTE1.pdf

KOMMISSARIN HÜBNER STELLT ERSTE ERGEBNISSE DER KONSULTATION ZUR ZUKUNFT DER KOHÄSIONSPOLITIK VOR

Am 07.04.2008 hat die für Regionalpolitik zuständige Kommissarin *Danuta Hübner* erste Ergebnisse der öffentlichen Konsultation zur künftigen Kohäsionspolitik vorgestellt. Die Ergebnisse sollen im Juni 2008 im Rahmen des 5. Fortschrittsberichts zur wirtschaftlichen und sozialen Kohäsion veröffentlicht werden.

http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/4thcohesionforum/all_contrib_de.cfm?nmenu=3

PARLAMENTARISCHER ABEND ZUM VORSCHLAG DER KOMMISSION ZUR REDUZIERUNG DER CO₂-EMISSIONEN VON NEUEN PKW UND LEICHTEN NUTZFAHRZEUGEN IN DER BAYERISCHEN VERTRETUNG AM 09.04.2008

Am 09.04.2008 hatten der Bayerische Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten, *Dr. Markus Söder*, das Mitglied des Vorstandes der BMW AG, *Dr. Friedrich Eichiner*, und das Mitglied des Vorstandes der Audi AG, Herr *Dr. rer. pol. Werner Widuckl*, Abgeordnete des Europäischen Parlaments zu einer Diskussion in die Bayerische Vertretung eingeladen. So konnten fraktionsübergreifend mit den Abgeordneten die für die Automobilindustrie wichtigen Punkte erörtert werden. Es war ein Anliegen der Bayerischen Staatsregierung und der Automobilindustrie, Ansätze für eine wettbewerbsneutrale Lösung für alle Fahrzeugtypen mit den Abgeordneten zu erörtern. Das Gespräch in geschlossener Runde ermöglichte beiden Seiten, ihre Anliegen offen anzusprechen.

KOMMISSION STARTET KONSULTATION ZU MÖGLICHEN VERBESSERUNG DER EIGENKAPITALRICHTLINIE

Die Europäische Kommission hat am 16.04.2008 eine Konsultation zu möglichen Verbesserungen der Eigenkapitalrichtlinie begonnen. Eine Beteiligung an der Online-Konsultation ist bis zum 16.06.2008 möglich. Gleichzeitig führt die Kommission eine Folgenabschätzung zu möglichen Änderungen bestimmter Vorschriften durch.

http://ec.europa.eu/internal_market/bank/regcapital/index_de.htm

VERORDNUNG (EG) NR. 300/2008 ÜBER GEMEINSAME VORSCHRIFTEN FÜR DIE SICHERHEIT IN DER ZIVILLUFTFAHRT UND ZUR AUFHEBUNG DER VERORDNUNG (EG) NR. 2320/2002 VERÖFFENTLICHT

Die Verordnung (EG) Nr. 300/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 über gemeinsame Vorschriften für die Sicherheit in der Zivilluftfahrt und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 2320/2002 wurde am 09.04.2008 im Amtsblatt der Europäischen Union L 97 S. 72 veröffentlicht.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2008:097:0072:0084:DE:PDF>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten

ERGEBNISSE DES AGRARRATES AM 14. APRIL 2008 IN LUXEMBURG

Im Agrarrat am 14. April 2008 berichtete die Kommission von den laufenden WTO-Verhandlungen, bei denen eine Einigung im Bereich der sensiblen Produkte erzielt wurde. Die Zulassung eines Verfahrens zur Dekontamination von Geflügelfleisch, wird vom Rat weiterhin abgelehnt. Auf Antrag der französischen Delegation behandelte der Rat die kritische Situation auf dem Schweinefleischmarkt, für den die Kommission derzeit keine weitergehenden Maßnahmen ergreifen wird. Des Weiteren gab es im Rat einen Ausblick auf die anstehenden FAO-Konferenzen im Juni dieses Jahres in Rom und Innsbruck. Abschließend behandelte der Rat eine Regelung zur Eindämmung der Blauzungenkrankheit, nach der die Mitgliedstaaten zukünftig ergänzende Schutzmaßnahmen einfordern können, z. B. eine Genehmigungspflicht bei der Verbringung von Wiederkäuern.

<http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/newsWord/en/agricult/99883.doc>

MITGLIEDSTAATEN MÜSSEN 83 MIO. EURO ZURÜCKBEZAHLEN

Die Mitgliedstaaten der EU müssen rund 83 Mio. Euro aus den Geldern der Gemeinsamen Agrarpolitik zurückbezahlen, da diese vorschriftswidrig verwendet wurden. Bei einer Überprüfung durch die Kommission wurden unzureichende Kontrollverfahren bzw. Nichteinhaltung von EU-Vorschriften bei den Agrarausgaben in den Mitgliedstaaten beanstandet. Deutschland muss insgesamt 4,34 Mio. Euro zurückbezahlen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/545&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

ANALYSE ZUM AUSSTIEG AUS DER MILCHQUOTE VORGESTELLT

Die Kommission veröffentlichte eine Analyse des Institut d'Economie Industrielle (IDEI) über die Auswirkungen bei einem Ausstieg aus der Milchquote. In der Untersuchung werden vier Szenarien einer Baseline (Beibehaltung des Quotensystems) gegenübergestellt. Einen reibungslosen Übergang für Hersteller und Verarbeiter bei einem Ausstieg gewährleisten am ehesten die Szenarien, bei denen die Milchquoten bis 2015 jährlich um ein oder zwei Prozent („soft landing“) angehoben werden.

<http://ec.europa.eu/agriculture/newsroom/en/287.htm>

INSGESAMT 5,6 MIO. T ZUCKERQUOTEN IN DER EU ZURÜCKGEGEBEN

Bis Ende März wurden laut Pressemeldungen im Rahmen des Restrukturierungssystems im Zuckersektor während der vergangenen drei Wirtschaftsjahre insgesamt 5,64 Mio. t Zuckerquoten abgebaut. Damit wurde das Ziel von 6 Mio. t, das die Europäische Kommission im Jahr 2005 festlegte, zu 94 % erreicht.

AUSSICHTEN FÜR DIE LANDWIRTSCHAFTSMÄRKTE UND DAS LANDWIRTSCHAFTSEINKOMMEN IN DER EU ZWISCHEN 2007 UND 2014

Die DG AGRI stellte am 4. April 2008 aktuelle Markt- und Einkommensprognosen für die EU im Zeitraum von 2007-2014 vor. Danach steigen die Einkommen in der EU-27 voraussichtlich bis 2014 nominal um 8,5 % (EU-15 3,6 %, Rumänien/Bulgarien 41,7 %), während die Zahl der Arbeitskräfte im Landwirtschaftssektor um 22,4 % sinken wird (Rumänien/Bulgarien – 32,3 %). Die mittelfristigen Prognosen für den Getreidesektor sind laut der Studie günstig.

<http://ec.europa.eu/agriculture/newsroom/en/286.htm>

GRIECHENLAND ERHÄLT IN FOLGE DER WALDBRÄNDE FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG VON 89,7 MIO EURO AUS DEM SOLIDARITÄTSFONDS

Die Kommission beabsichtigt, Griechenland eine Unterstützung aus dem Solidaritätsfonds der Europäischen Union in Höhe von insgesamt 89,7 Mio. Euro zu gewähren, um einen Teil der Ausgaben, die durch die verheerenden Waldbrände im Sommer 2007 entstanden sind, auszugleichen. Diesem Vorschlag müssen das Europäische Parlament sowie der Rat noch zustimmen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/544&type=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

TAGUNG DES INFORMELLEN RATES DER UMWELTMINISTER AM 11./12.04.2008 IN BRDO, SLOWENIEN

Vom 11. - 12. April 2008 tagte der informelle Rat der Europäischen Union für Umwelt (Informeller Umwelt-Rat) in Brdo, Slowenien. Schwerpunkte waren dabei die Herausforderungen und Chancen der forstlichen Biodiversität im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Klimawandel, unter dem speziellen Gesichtspunkt der nachhaltigen Produktion von Biomasse zur Energieerzeugung und sog. „Biotreibstoffe“. Die EU-Umweltminister betonten dabei die herausragende multifunktionelle Rolle der Forstwirtschaft, da Wälder nicht nur Kohlendioxid aufnehmen und speichern können, sondern u. a. auch der Bodenerosion vorbeugen und dem Wasserhaushalt zu Gute kommen (s. hierzu Beitrag des StMUGV in diesem EB).

Schlussfolgerungen des Rates:

http://www.eu2008.si/en/News_and_Documents/Press_Releases/April/0412ENV.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

GLOBALISIERUNG: „EUROPÄISCHES SOZIALMODELL“ BEHÄLT SEINE GÜLTIGKEIT – JEDOCH BESSERE AUSGESTALTUNG ERFORDERLICH

Das so genannte „europäische Sozialmodell“ behält seine Gültigkeit, muss jedoch zur Bewältigung der Herausforderungen der Globalisierung besser ausgestaltet werden. Dies ist das Ergebnis einer von der EU-Kommission in Auftrag gegebenen aktuellen Studie. Über die Konsequenzen der Untersuchung für die Politik diskutierten u.a. Kommissionspräsident José Manuel Barroso, EU-Sozialkommissar Dr. Vladimír Špidla und der Präsident des Europäischen Parlaments Prof. Dr. Hans-Gert Pöttering im Rahmen einer Konferenz unter dem Motto „Ist das soziale Europa gut für die Globalisierung aufgestellt?“ am 16. April 2008.

http://ec.europa.eu/employment_social/spsi/simglobe_de.htm

SOZIALER DIALOG: ZUNÄCHST KEINE VERHANDLUNGEN ÜBER REFORM DER RICHTLINIE ZU „EUROPÄISCHEN BETRIEBSRÄTEN“

Die Revision der Richtlinie über „Europäische Betriebsräte“ wird voraussichtlich mittels eines Gesetzgebungsverfahrens mit Beteiligung des Europäischen Parlaments erfolgen. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) brach den Sozialen Dialog am 11. April 2008 überraschend ab und forderte die Kommission zur Vorlage einer Gesetzesnovelle auf. Erst wenige Tage zuvor hatten die europäischen Dachorganisationen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern noch angekündigt, Verhandlungen über eine Aktualisierung der Rechtsvorschriften aufnehmen zu wollen. Dazu hatte die Europäische Kommission am 20. Februar 2008 die zweite Phase der Sozialpartnerkonsultation eingeleitet (s. EB 4/2008).

http://ec.europa.eu/employment_social/social_dialogue/index_de.htm

EUGH: SCHLUSSANTRAG ZUR MEDIKAMENTENVERSORGUNG IN KRANKENHÄUSERN DURCH EXTERNE APOTHEKEN

Die Vorschriften des deutschen Apothekengesetzes für die Medikamentenversorgung von Krankenhäusern durch externe Apotheken verstoßen nach Auffassung des Generalanwalts des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) nicht gegen EU-Recht. Dies hat der Generalanwalt Yves Bot im Schlussantrag vom 10. April 2008 festgestellt und dem Gerichtshof vorgeschlagen, die Vertragsverletzungsklage der EU-Kommission, die eine Gefährdung des Freien Warenverkehrs bemängelt hatte, als unbegründet abzuweisen (Rechtssache C-141/07).

[http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=C141/07&datefs=&datefe=&nomusuel=&domaine=&mots=&resmax=100](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C141/07&datefs=&datefe=&nomusuel=&domaine=&mots=&resmax=100)

RÜCKFÜHRUNGSRICHTLINIE: VERHANDLUNGEN IN DER ENTSCHEIDENDEN PHASE

Die Verhandlungen zwischen Europäischem Parlament (EP), Rat und Kommission über eine Einigung zur Rückführungsrichtlinie dauern an. Ein Treffen am 9. April 2008 zwischen dem Berichterstatter des EP und innenpolitischen Sprecher der EVP-Fraktion, Manfred Weber, Kommissionsvizepräsident Jacques Barrot (in Vertretung für den beurlaubten Vizepräsidenten Frattini) und dem slowenischen Ratsvorsitzenden, Innenminister Dragutin Mate, brachte zwar Fortschritte, aber noch keine Einigung in allen Fragen. Am 24. April 2008 soll bei einem weiteren Gespräch versucht werden, vor der im Mai vorgesehenen Plenarabstimmung des EP eine Einigung im Rahmen der ersten Lesung zu erzielen. Strittig sind vor allem noch Fragen zu

Anwendung und Höchstdauer von Abschiebehaft. Bis zur Annahme der Rückführungsrichtlinie will das EP auch weiterhin keine Mittel aus dem 2007 eingerichteten Rückkehrfonds freigeben (s. dazu auch Bericht aus dem Geschäftsbereich des StMI in diesem EB).

Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

BILDUNG: KOMMISSION VERÖFFENTLICHT VORSCHLÄGE ZU EMPFEHLUNGEN IM BEREICH DER BERUFLICHEN BILDUNG

Die Europäische Kommission hat im Rahmen der Umsetzung des Kopenhagen-Prozesses zu einer vertieften Kooperation im Bereich der beruflichen Bildung zwei Empfehlungsentwürfe veröffentlicht, die die Schaffung eines Europäischen Kreditpunktesystems für die berufliche Bildung ECVET sowie die Schaffung eines Europäischen Referenzrahmens für die Qualitätssicherung im Bereich der beruflichen Bildung betreffen.

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0180:FIN:DE:PDF>

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2008:0179:FIN:DE:PDF>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

TAGUNG DES INFORMELLEN RATES DER UMWELTMINISTER AM 11./12.04.2008 IN BRDO, SLOWENIEN

Am 11./12. April 2008 tagte der Informelle Rat der Europäischen Union für Umwelt (Informeller Umweltrat) in Brdo, Slowenien. Schwerpunkte waren dabei die Herausforderungen und Chancen der forstlichen Biodiversität im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den Klimawandel, unter dem speziellen Gesichtspunkt der nachhaltigen Produktion von Biomasse zur Energieerzeugung und sog. „Biotreibstoffe“. Die EU-Umweltminister betonten dabei die herausragende multifunktionelle Rolle der Forstwirtschaft, da Wälder nicht nur Kohlendioxid aufnehmen und speichern können, sondern u. a. auch der Bodenerosion vorbeugen und dem Wasserhaushalt zu Gute kommen.

http://www.eu2008.si/en/News_and_Documents/Press_Releases/April/0412ENV.htm

EUROPÄISCHE UMWELTAGENTUR FORDERT AUSSETZUNG DES 10 %-ZIELS FÜR BIOKRAFTSTOFFE

Der wissenschaftliche Ausschuss der Europäischen Umweltagentur (EUA) in Kopenhagen hat am 10. April 2008 die Aussetzung des 10 %-Ziels für sog. „Biotreibstoffe“ gefordert. Der EUA-Ausschuss empfiehlt in Anbetracht der derzeitigen wissenschaftlichen Erkenntnisse über die möglichen schädlichen ökologischen und sozio-ökonomischen Konsequenzen zur Erreichung der beschlossenen 10 %-Quote bis 2020, vorerst das Beimischungsziel nicht weiter zu verfolgen und schlägt vor, die möglichen umweltrelevanten Risiken und Vorteile des Einsatzes von Biotreibstoffen einer grundlegenden wissenschaftlichen Untersuchung zu unterziehen. Sofern die Nachhaltigkeit der Beimischung von Biotreibstoffen zu fossilen Treibstoffen im Verkehrssektor nicht sichergestellt werden kann, sollte ein neues und moderateres langfristiges Ziel vereinbart werden. Nachhaltigkeitskriterien für Biotreibstoffe will die Kommission am 07. Mai 2008 vorlegen.

<http://www.eea.europa.eu/highlights/suspend-10-percent-biofuels-target-says-eeas-scientific-advisory-body>

ÜBERARBEITETE LUFTQUALITÄTSRICHTLINIE ANGENOMMEN

Der Europäische Rat für Landwirtschaft und Fischerei hat am 14. April 2008 in zweiter Lesung die überarbeitete Richtlinie über die Luftqualität und saubere Luft in Europa (KOM(2005) 447 – 2005/183(COD)) formal angenommen. Der Rat bestätigte damit ohne weitere Debatte den, am 28. November 2007, im Rahmen des Trilogs von Vertretern der Mitgliedstaaten, Europäischem Parlament und Kommission erzielten Kompromiss.

Die geltenden Grenzwerte für PM₁₀-Feinstaubpartikel wurden durch die Überarbeitung nicht verändert. Neu in die Richtlinie aufgenommen wurde, dass ab 2015 ein Jahresgrenzwert von 25 µg/m³ für die PM_{2,5}-Fraktion zu erfüllen ist.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/570&format=PDF&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

INFORMELLER GESUNDHEITSMINISTERRAT UND EUROPÄISCHES PARLAMENT FORDERN VERBESSERTE MAßNAHMEN ZUR KREBSBEKÄMPFUNG

Beim informellen Treffen der EU-Gesundheitsminister am 17.04.2008 stand die Bekämpfung von Krebs im Mittelpunkt. Kurz zuvor hatte schon das Europäische Parlament am 10. April 2008 mit großer Mehrheit eine Resolution zum Kampf gegen den Krebs verabschiedet. Vor dem Hintergrund, dass jedes Jahr in Europa über zwei Millionen Menschen an Krebs erkranken und eine Million Menschen an Krebs sterben, wurden Kommission, Rat und Mitgliedsstaaten

aufgefordert, geeignete Maßnahmen zur Vorsorge, Früherkennung, Diagnose und Behandlung, einschließlich Schmerztherapie, zu treffen.

<http://www.europarl.europa.eu//sides/getDoc.do?language=DE&reference=B6-2008-0132&type=MOTION>

EUGH: SCHLUSSANTRAG ZUR MEDIKAMENTENVERSORGUNG IN KRANKENHÄUSERN DURCH EXTERNE APOTHEKEN

Die Vorschriften des deutschen Apothekengesetzes für die Medikamentenversorgung von Krankenhäusern durch externe Apotheken verstoßen nach Auffassung des Generalanwalts des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) nicht gegen EU-Recht. Dies hat der Generalanwalt *Yves Bot* im Schlussantrag vom 10. April 2008 festgestellt und dem Gerichtshof vorgeschlagen, die Vertragsverletzungsklage der EU-Kommission, die eine Gefährdung des freien Warenverkehrs bemängelt hatte, als unbegründet abzuweisen (Rechtssache C-141/07) (s. hierzu Beitrag des StMAS in diesem EB).

[http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=C-141/07&datefs=&datefe=&nomusuel=&domaine=&mots=&resmax=100](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-141/07&datefs=&datefe=&nomusuel=&domaine=&mots=&resmax=100)

VERBRAUCHERKREDITRICHTLINIE VOM RAT FÖRMLICH ANGENOMMEN

Der Rat der Europäischen Union für Verkehr, Telekommunikation und Energie hat am 07.04.2008 die Verbraucherkreditrichtlinie endgültig gebilligt, nachdem sich Parlament, Rat und Kommission Anfang 2008 hierüber verständigt hatten (EB 2/2008).

Die neue Richtlinie enthält abschließende Vorgaben für die Gesetzgebung der Mitgliedstaaten (sog. Vollharmonisierung). Die wesentlichen Änderungen betreffen den Entschädigungsanspruch im Falle der vorzeitigen Rückzahlung des Kredits, das Widerrufsrecht sowie Informationspflichten der Kreditgeber. Die Richtlinie muss, nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt, innerhalb von zwei Jahren in nationales Recht umgesetzt werden (s. hierzu Beitrag des StMJ in diesem EB).

KOMMISSION WILL NUTZUNG VON MOBILTELEFONEN AN BORD VON FLUGZEUGEN ERMÖGLICHEN

Die Europäische Kommission kündigte am 7. April zwei neue Maßnahmen an, die die Nutzung von Mobiltelefonen an Bord von Flugzeugen erlauben sollen. Die neuen Regelungen sehen im Kern vor, die technischen Anforderungen und Genehmigungsvorschriften zur Benutzung von Mobiltelefonen an Bord von Flugzeugen zu harmonisieren. Insbesondere sollen nationale Genehmigungen für den Betrieb von Telefonsystemen an Bord von Flugzeugen in der gesamten EU anerkannt werden.

Wortlaut der Entscheidung:

http://ec.europa.eu/information_society/policy/radio_spectrum/ref_documents/index_en.htm

BUßGELD FÜR DEUTSCHE TELEKOM IN MILLIONENHÖHE BESTÄTIGT

Das Europäische Gericht erster Instanz hat am Donnerstag, 1. April eine von der Kommission gegen die Deutsche Telekom im Jahr 2003 verhängte Geldbuße in Höhe von 12,6 Mio. € bestätigt. Der frühere Telefon-Monopolist und Netzbetreiber hatte für den Zugang zum Netz von Wettbewerbern höhere Entgelte verlangt, als die Telekom selbst ihren Endkunden in Rechnung stellte.

Pressemitteilung des Gerichts Erster Instanz mit weiterführenden Links:

<http://curia.europa.eu/de/actu/communiqués/cp08/aff/cp080026de.pdf>

PROGRAMM ZUM SCHUTZ VON KINDERN BEI DER INTERNETNUTZUNG IM RAT

Anlässlich der ersten Sitzung der Ratsarbeitsgruppe Audiovisuelles zum Gemeinschaftsprogramm zum Schutz der Kinder bei der Nutzung des Internet am 7. April 2008 stellte der slowenische Vorsitz den Zeitplan für die Behandlung des Kommissionsvorschlags vor. Danach soll der Vorschlag in drei Terminen besprochen und eine abschließende Position am 24. April beschlossen werden. Ziel ist eine Beschlussfassung im Ministerrat am 21./22. Mai. Ziel des Programms ist die Förderung der sichereren Nutzung des Internet durch Kinder und die Bekämpfung illegaler Inhalte und schädlichen Verhaltens im Online-Umfeld.

Das neue Programm „Safer Internet“:

HTTP://EC.EUROPA.EU/INFORMATION_SOCIETY/ACTIVITIES/SIP/INDEX_EN.HTM



50 Jahre Atomium: Herzlichen Glückwunsch!

17. April 1958-17. April 2008